

## Diakonie Baden zum aktuellen EU-Asyl-Pakt

### Die beschlossenen EU-Vorhaben im Bereich Asyl sind enttäuschend und keine Lösung

**Der am 20.12.2023 beschlossene EU-Asyl- und Migrationspakt dient vor allem innereuropäischen Interessen und nicht den schutzsuchenden Menschen.**

Nach jahrelang sich hinziehenden Verhandlungen haben sich die EU-Staaten mit dem EU-Parlament am gestrigen Mittwoch, 20.12.2023, auf die Gesetzesvorschläge zur Änderung des Europäischen Flüchtlingsrechts geeinigt. Die Kirchen und Diakonie kritisieren den Kompromiss für ein neues europäisches Asylsystem scharf. Das Vorhaben, noch mehr schutzsuchende Menschen, darunter Familien mit kleinen Kindern, in haftähnlichen Lagern an den EU-Außengrenzen zu internieren, sei nicht nur verantwortungslos, sondern helfe auch nicht, die Probleme im europäischen Asylsystem zu lösen. „Die Folge wird sein, dass noch mehr Menschen, die bei einer Rückkehr ins Herkunftsland mit hoher Wahrscheinlichkeit schwerste Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind oder individuell hochgradig an Leib und Leben gefährdet sind, in Hotspots völlig rechtlos an den EU-Außengrenzen festsitzen. Für die Integration von Menschen in die Aufnahmegesellschaften ist das völlig kontraproduktiv und diese Menschen werden mittel- und langfristig unter uns sein“, sagt der Flüchtlings- und Migrationsrechtsexperte der Diakonie Baden Jürgen Blechinger. Mit der internationalen menschenrechtlichen Verpflichtung unvereinbar sei zudem der Versuch, den Flüchtlingsschutz in sichere Drittstaaten außerhalb der EU auszulagern: Jede Person, die in einem EU-Land Schutz erbittet, hat Anspruch auf ein faires, rechtsstaatliches Verfahren.

Um das Flüchtlingsschutzsystem funktionsfähig zu halten, bedürfe es in erster Linie rechtsstaatlicher und schneller Asylverfahren. Diese seien nach bisherigem Recht schon möglich und diese Asylverfahren werden auch jetzt schon in den Ersteinreisländern und an der Grenze durchgeführt. Um einen Wettlauf von Schutzabsenkungen zu verhindern und für Flüchtlinge einen Zugang zum Schutzsystem zu sichern, bedarf es einer verpflichtenden Verantwortungsteilung. Stattdessen halte aber die EU an dem nicht-funktionierenden „Dublin-System“ fest, nachdem die Ersteinreisländer/ Außengrenzen-Staaten in der EU für die Asylverfahren zuständig sind. Das ist die Hauptursache für das sogenannte „Durchwinken“. „Diese Staaten haben kein Interesse, dass die Schutzsuchenden

bei Ihnen bleiben, während die reichen Länder in der Mitte Europas dadurch null entlastet werden“, sagt der Flucht- und Migrationsexperte. Statt auf Abschreckung und Abschiebung zu setzen und schutzbedürftige Menschen der Perspektivlosigkeit und Not auszuliefern, müsse in der EU endlich ein Raum des Schutzes geschaffen werden. „Der Umgang mit Geflüchteten ist eine Frage der Würde, auch unserer eigenen“, betont Blechinger.

Weitere Informationen zu diesem komplexen Thema Europäische Flüchtlingspolitik unter [ekiba.de/migration](https://ekiba.de/migration)

## Direkte Ansprechperson für mehr Informationen

### Kontakt:

Jürgen Blechinger | Leitung Abteilung Flucht und Migration | [juergen.blechinger@ekiba.de](mailto:juergen.blechinger@ekiba.de)  
+49 721 9175 521

## Mehr Informationen

### Kontakt:

Ute Günther | Leitung UK und Marketing | [uguenther@diakonie-baden.de](mailto:uguenther@diakonie-baden.de)  
Telefon +49 (721) 9349 – 233 | Mobil +49 (176) 10050697

## Spendenkonto

### Diakonie Baden

Konto 4600 bei der Evangelischen Bank eG | BLZ 520 604 10  
IBAN: DE 955206 0410 0000 004600 | BIC: GENODEF1EK1

## Impressum

### Herausgeber:

Das Diakonische Werk der Evangelischen Landeskirche in Baden e.V.  
Vorholzstraße 3-7 | 76137 Karlsruhe  
Telefon 0721 9349-0 | Telefax 0721 9349-202  
[www.diakonie-baden.de](http://www.diakonie-baden.de)